

## Stellungnahme zu den Hochschulverträgen

Mit immer größerer Sorge sehen wir als Berliner akademischer Mittelbau, dass trotz groß angekündigter Versprechungen Politik und Staat immer weniger der Aufgabe der Bildungsfinanzierung nachkommen. Die Sicherung und Finanzierung der Hochschulen ist und bleibt Landesaufgabe. Deshalb muss die Hochschulfinanzierung ohne Rechenricks aus Landesmitteln erbracht werden! Aus den Mitteln des Hochschulpaktes soll ausschließlich der Aufbau von neuen, zusätzlichen Studienplätzen bezuschusst werden.

Die Verhandlungen zu den neuen Hochschulverträgen ab 2010 wurden viel zu spät und mit inakzeptablem finanziellem Rahmen begonnen. Nun hat sich überdies die Politik mit einseitigen Modifikationen im Vertragstext erneut als unzuverlässiger Verhandlungspartner erwiesen und ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt. Die Hochschulen ihrerseits haben sich zum Vertragsabschluss nötigen lassen, ohne dass die Konsequenzen in den Gremien ausreichend diskutiert worden sind. Dabei ist akzeptiert worden, dass die Verträge eine Reihe von Punkten offen lassen, insbesondere die künftige leistungsabhängige Finanzierung.

Dieses Preismodell hat in den aktuell diskutierten Eckpunkten genau eine kontrafaktische Funktion: Die Hochschulen werden genötigt, neue Studienplätze zu schaffen, die Studienbedingungen im Land Berlin interessieren dabei überhaupt nicht. Es werden keine Kosten für ausreichende Seminarräume, die notwendigen zusätzlichen Lehrenden oder gar Bibliotheken und Labore eingeplant. Die neuen Studierenden dürfen sich dann in die schon jetzt überfüllten Hochschulen drängen und vielleicht auf einen Stehplatz hoffen. Zugunsten dieses ungeklärten und in seiner Wirkungsweise eher zweifelhaften Preismodells wurde das bereits im Grundsatz bewährte Instrument der leistungsbezogenen Mittelvergabe ohne inhaltliche Notwendigkeit abgeschafft.

Den Hochschulen geht es weiter an die Substanz. Wenn schon jetzt absehbare, unabwendbare und von den Hochschulen nicht zu beeinflussende Kostensteigerungen (aus Pensionslasten, Tarifabschlüssen, Energiekosten etc.) nicht vom Senat gedeckt werden, geht dies wieder zu Lasten der Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal – hier insbesondere mit wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen –, Literatur, Laborausstattung, Material etc. Alle Wissenschaftler/innen werden künftig einen noch größeren Teil ihrer Arbeitszeit für die Verteilungskämpfe um die zu knappen Mittel aufwenden müssen als bisher.

Wir fordern daher:

Die Auswirkungen der leistungsabhängigen Finanzierung müssen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Bei negativem Befund muss von der Einführung eines solchen Preismodells Abstand genommen werden. Leistungsanreize können durch die bisherige leistungsbezogene Mittelvergabe gesetzt werden. An diesem Diskussionsprozess sind die Gremien der Hochschulen zu beteiligen.

Zusätzliche Studienplätze müssen seriös und ohne Qualitätsverlust durch das Land Berlin finanziert werden. Berlin muss zusätzliche Mittel speziell für die Verbesserung der Lehre und der Studiensituation einplanen.

Berlin, den 10.12.2009

Der Vorstand der LAMB

Dr. Anette Simonis (Charite / Sprecherin des Vorstands); Dr. Gabriele Küttner (Charite);  
Petra Jordan (TU / stellvertretende Sprecherin des Vorstands); Barry Linnert (TU); Dr. Wolfgang Maaz (FU); René Prissang (FU); Kerstin Kaufmann (HU); Dr. Andreas Kohring (HU);  
Jana Schütze (HU)